



## Geschäftsführerbrief

**„Aus der Coronakrise lernen:  
Auch Klimaschutz  
ist Gesundheitsschutz“**

*Stephan Frese*

Die Coronakrise ist noch längst nicht überstanden, aber seit einigen Tagen erleben wir, dass die ersten Maßnahmen des „Lockdown“ gelockert werden. Viele Einzelhandelsgeschäfte haben wieder geöffnet, die Automobilhersteller fahren ganz vorsichtig ihre Produktion hoch.

Es waren denkwürdige, aber nach meinem Eindruck auch lehrreiche Wochen in der „sozialen Isolation“. Im persönlichen Umgang sind viele Menschen aufmerksamer und achtsamer geworden. Die Frage: „Wie geht es Dir?“ und die Abschiedsworte: „Bleib gesund!“ sind keine Floskeln. Wir sind wirklich besorgt um die Gesundheit unserer Partner, Kinder, Eltern, Geschwister, Freunde und Kollegen. Der Grundsatz „Abstand halten – aus Solidarität“ wäre vor zwei Monaten noch als Widerspruch in sich aufgefasst worden; inzwischen empfinden ihn die meisten als selbstverständliche Verantwortung für andere Menschen.

Bei allen Einschränkungen des täglichen Lebens lässt sich also Vieles aus der Coronakrise lernen. Die Gesundheit ist uns lieb und teuer geworden. Wir sind sogar bereit, vorübergehende Einschränkungen wichtigster Persönlichkeitsrechte hinzunehmen, um uns und andere vor dem Virus zu schützen. Wir verzichten weitgehend auf unsere Reisefreiheit, auf Versammlungen, Feste und Restaurantbesuche. Das Bemerkenswerteste daran ist vielleicht: Es gibt so gut wie keine Proteste gegen diese drastischen Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung.

Die Republik steht solidarisch zusammen im Schutz für die Schwächsten. Dieses Gemeinschaftsgefühl sollten wir uns auch nach der Coronakrise bewahren. Es wird eine Zeit nach dem Virus geben, in der die Solidarität genauso notwendig sein wird wie jetzt. Denn die Aufgaben, die vor der Krise ungelöst waren, sind es ja nach der Krise immer noch. Zu diesen ungelösten Aufgaben zählt der Klimaschutz – auch er ist im besten Sinne „Gesundheitsschutz“.

Dürren verwüsten weite Teile Afrikas. Und auch bei uns kann extreme Trockenheit zumindest den Landwirten unter Ihnen das Leben schwer machen – vielleicht schon in diesem Sommer. Extremwetterlagen, wie sie die Erderwärmung mit sich bringen, schaden der Gesundheit: Temperaturen über 35 Grad gefährden nachweislich ältere Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auch Überschwemmungen und Stürme töten Menschen und führen zu gravierenden wirtschaftlichen Schäden - für Bauern und Hausbesitzer, an Schienen und Straßen.

In der Coronakrise ist die Einsicht gewachsen, dass manche Probleme zu groß sind, um von Einzelnen gelöst werden zu können. Es hat weder dem chinesischen noch dem amerikanischen Präsidenten geholfen, zunächst die Gefahr zu leugnen, die von Covid-19 ausging. Irgendwann mussten auch sie anerkennen, dass die Pandemie eine weltweite Herausforderung ist, die auch ihre Länder betrifft. Das gilt für die Erderwärmung genauso. Donald Trump mag das Kyoto-Abkommen aufkündigen, und trotzdem werden die USA von den Folgen der Klimakatastrophe nicht verschont bleiben.

Der Klimaschutz verlangt also ebenso wie die Coronakrise nach gesamtgesellschaftlichen Lösungen. Das ist den meisten Menschen längst klar – in Amerika genauso wie in China oder in Deutschland. Aber jetzt besteht - vielleicht erstmals - die realistische Chance, Mehrheiten für effektive Maßnahmen gegen die Erderwärmung zu organisieren. Das war in der Finanzkrise von 2008 noch anders: Zwar erschütterte sie Banken weltweit; aber sie war eben doch auf einen bestimmten Teil der Wirtschaft begrenzt. Und sie konnte vergleichsweise zügig überwunden werden, weil Ursache und Wirkung schnell ausgemacht waren.



In der Coronakrise wie in der Klimakrise wurden zwar die Ursachen – das Virus hier und die CO<sub>2</sub>-Emissionen da – schnell gefunden. Aber die möglichen Auswirkungen der Erderwärmung sind viel langfristiger und vielfältiger – dafür aber umso verheerender. Das wird den Menschen, die Tag für Tag in den Nachrichten die neuesten Zahlen von Corona-Infizierten und Toten hören, jetzt überdeutlich. Das Virus kann, wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten die Schutzmaßnahmen Schritt für Schritt lockern, jederzeit wieder ausbrechen, wenn wir nicht aufpassen. Und die Klimakrise kann eines Tages unbeherrschbar werden, wenn wir nicht schleunigst drastische Gegenmaßnahmen ergreifen.

Ökonomen sagen voraus, dass Unternehmen, deren Lieferketten jetzt gestört oder unterbrochen sind, künftig mehr Zulieferer engagieren und ihre Lagerhaltung ausdehnen werden. Das würde die Globalisierung, also die weltweite Vernetzung der Wirtschaft, ein Stück weit zurückdrängen. Lebenswichtige Güter wie Schutzmasken, -kleidung und Beatmungsgeräte sollen in ausreichender Zahl in Deutschland statt zum Beispiel in China produziert werden. Deutschland würde also die Selbstversorgerquote anheben – und das vermutlich nicht nur im Gesundheitssektor.

Klug wäre es, in diesem Sinne auch die nationale Wasserstoffstrategie noch einmal zu überdenken. Die Vorstellung von Regierungspolitikern, man könne quasi unbegrenzt grünen Wasserstoff aus Afrika importieren, ist zumindest mutig. Möglicherweise erweist sie sich sogar als illusorisch: Wer stellt die milliardenschweren Investitionen für Großelektrolyseure in Afrika bereit? Woher kommt das technische Knowhow für ihren Bau und Betrieb? Wer garantiert den regelmäßigen Transport des Wasserstoffs nach Europa? Und warum wollen wir uns nach Öl und Gas freiwillig in die nächste Abhängigkeit von Rohstoffen begeben? Das sind einige der bisher völlig unbeantworteten Fragen.

Klüger wäre es, von vornherein einen bedeutenden Anteil des benötigten grünen Wasserstoffs in Deutschland zu produzieren. Schleswig-Holstein als Energiewendeland bietet sich dafür geradezu an: Die Windräder, die den Grünstrom für die Elektrolyse erzeugen, stehen vor Ort. Von der Wertschöpfung – Arbeitsplätze, Investitionen, Einnahmen für Kommunen – profitiert das Land direkt.

Keine Frage: Der Export von Erneuerbaren wäre für Afrika eine große Chance, und wir müssen die Energiewende auch global denken. Aber Wertschöpfung vor Ort, noch dazu in einem Wirtschaftszweig, der für unser Land von zentraler Bedeutung ist, hat für uns Priorität. Die Erneuerbaren in Schleswig-Holstein sind eine zukunftssichere Branche. Das zeigt sich auch in der Coronakrise: Während die Einnahmen aus dem Tourismus – einem weiteren Standbein der schleswig-holsteinischen Wirtschaft – gerade fast völlig zum Erliegen kommen, leisten die Erneuerbaren ihren stetigen Anteil an der regionalen Wertschöpfung.

Dafür brauchen wir aber verlässliche Rahmenbedingungen: Die Produktion von grünem Wasserstoff muss dringend von Abgaben und Umlagen entlastet werden, die nationale Wasserstoffstrategie muss einen konkreten Ausbaupfad aufzeigen, es müssen konkrete Zwischenziele bis 2050 formuliert werden. Diese Voraussetzungen schaffen die nötige Planungssicherheit, mit der umfassende Investitionen in die Elektrolyse und Bereitstellung grünen Wasserstoffs erst möglich werden.

Krisenbewältigung und Klimaschutz sind also keine Gegensätze. Um aus der bevorstehenden Rezession herauszukommen, müssen Politik und Wirtschaft jetzt auf Zukunftsbranchen wie die Erneuerbaren setzen. Investitionen in eine beschleunigte Energiewende regen sogar das Wirtschaftswachstum an – das zeigt zum Beispiel der gerade veröffentlichte [Global Renewables Outlook der Energieagentur IRENA](#). In einem [offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel](#) haben der BEE und 190 weitere Organisationen deshalb ein Klima-Konjunkturpaket gefordert. Und der [BDEW hat in einem Positionspapier](#) aufgezeigt, wie eine saubere und sichere Energieversorgung die Wirtschaft antreibt.

Wir in der ARGE Netz kämpfen also nicht allein dafür, dass die Weichen für die Energiewende richtiggestellt werden. Deshalb lassen Sie uns alle die Coronakrise als Chance begreifen. Jetzt ist der richtige Moment, um den Klimaschutz voranzutreiben!

***Ich grüße Sie herzlich!***

***Ihr***

***Stephan Frense***

***#Bleiben Sie gesund!***

